



**ABFSchweiz**

Aktionsbündnis freie Schweiz

# Das Zukunftsgipfeli der UNO ist schwer verdaulich

## Denn es soll der Weg in eine transhumanistische Welt manifestiert werden

*Wer den Begriff des Transhumanismus bis heute nicht gehört hat oder nicht weiss, was er sich darunter vorzustellen hat, der sollte diese Wissenslücke schliessen. Das gilt allen voran für unsere sogenannten Volksvertreter. Denn der Weg in eine transhumanistische Welt ist für uns von denjenigen «Gutmenschen» vorgesehen, die meinen, über uns zu stehen (mit welcher Begründung auch immer). Deshalb sind sie davon überzeugt, uns ihre Agenda aufzwingen zu können. Der Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen (UNO) im September 2024 und ein Blick in die «Our Common Agenda» der UNO liefern erhellende Erkenntnisse zu deren Plänen. Wir zeigen im Folgenden die Zusammenhänge und Hintergründe auf.*

In den Augen der Globalisten sind wir nichts weiter als «nutzlose Esser» (useless eaters), die deren Ressourcen im Übermass verbrauchen. Das Gleichgewicht oder gar das Überleben des Planeten sei dadurch dauerhaft gefährdet, genauso wie ihre eigenen Vorstellungen von einem Leben in Saus und Braus. Dies und noch viel mehr soll der UNO-Zukunftspakt (Pact for the Future) offenbar verhindern. Auf der nächsten UNO-Generalversammlung im September 2024, die den Namen Zukunftsgipfel trägt (Summit of the Future), soll dieser Zukunftspakt verabschiedet werden. Man wird sehr leicht erkennen, dass es sich im Grunde um einen Teufelspakt gegen die Menschheit handelt, wenn man sich etwas näher mit seinen Inhalten beschäftigt. Um die ganze Thematik des Zukunftspakts der UNO zu verstehen, muss man wissen, was Transhumanismus – im Gegensatz zum wirklichen Humanismus – ist.

### Was ist Transhumanismus?

Transhumanismus ist eine intellektuelle und kulturelle Bewegung, die darauf abzielt, die natürlichen Grenzen des Menschen durch den Einsatz von Technologie zu überwinden. Dies umfasst die Verbesserung physischer, intellektueller und psychologischer Fähigkeiten des Menschen. Befürworter des Transhumanismus

propagieren, dass Menschen die Fähigkeit haben sollten, ihren Körper und Geist durch fortschrittliche Technologien wie Gentechnik, künstliche Intelligenz und Nanotechnologie zu optimieren und zu transformieren.

### Ursprung des Begriffs

Der Begriff «Transhumanismus» wurde erstmals in den 1950er-Jahren vom britischen Biologen und Philosophen Julian Huxley verwendet. Huxley beschrieb damit die Idee, dass der Mensch durch die Nutzung von Naturwissenschaft und Technologie seine evolutionären Möglichkeiten erweitern und seine Existenz verbessern könnte. In seinem Essay «Transhumanism» (1957) schlug Huxley vor, dass die Menschheit das Potenzial habe, sich über ihre derzeitige Form hinaus zu entwickeln, um eine höhere Ebene des Bewusstseins und der Fähigkeiten zu erreichen.

### Verschmelzung von Mensch und Maschine

Ein zentraler Aspekt des Transhumanismus ist die Idee der Verschmelzung von Mensch und Maschine, auch bekannt als «Cybernetik» oder «künstliche Integration». Diese Idee umfasst die Einbindung fortschrittlicher Technologien direkt in den menschlichen Körper, um physische und kognitive Fähigkeiten zu



erweitern. Beispiele hierfür sind Implantate, die Sinneswahrnehmungen verbessern, neuronale Schnittstellen (Chips), die das Gehirn direkt mit Computern verbinden und Prothesen, die verlorene Gliedmassen ersetzen und über menschliche Fähigkeiten hinausgehen. Ziel ist es, die Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit zu überwinden und eine neue Form der Existenz zu schaffen, in der Menschen durch die Integration mit Maschinen ein höheres Mass an Kontrolle, Effizienz und Langlebigkeit erreichen können. Diese Vision einer «symbiotischen» Beziehung zwischen Mensch und Technologie stellt die Grundlage für eine Zukunft dar, in der die Unterschiede zwischen biologischen und künstlichen Systemen zunehmend verschwimmen.

### **Unterschied zum Humanismus**

Der klassische Humanismus ist eine philosophische Strömung, die den Wert und die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt und betont, dass Menschen durch Vernunft, Ethik und Bildung ihr volles Potenzial erreichen können. Während der Humanismus die Verbesserung der menschlichen Bedingungen durch traditionelle Bildung und Kultur fördert, geht der Transhumanismus einen Schritt weiter, indem er die Verbesserung des Menschen durch Technologie betont.

Ein zentraler Unterschied ist daher der Umgang mit Technologie: Während der Humanismus auf ethische und moralische Bildung setzt, um menschliches Wohl zu fördern, sieht der Transhumanismus in der Technologie das Hauptmittel zur Überwindung menschlicher Beschränkungen und zur Schaffung neuer Möglichkeiten bis hin zur Unsterblichkeit.

Ein kontroverser Aspekt des Transhumanismus ist die Ansicht, dass die Bewegung darauf abzielt, den Menschen von seinem traditionellen, spirituellen Erbe und dem Konzept eines göttlichen Schöpfers zu trennen. Befürworter argumentieren, dass die menschliche Evolution und Verbesserung vollständig

in die eigenen Hände genommen werden kann, unabhängig von metaphysischen oder religiösen Überzeugungen. Kritiker befürchten, dass dies zu einer Entfremdung vom «göttlichen Funken» führen könnte – jener inneren spirituellen Essenz, die in vielen Religionen und Philosophien als Quelle menschlicher Würde und Ethik angesehen wird. Während der Humanismus oft eine Harmonie zwischen wissenschaftlichem Fortschritt und spirituellen Werten sucht, strebt der Transhumanismus nach einer radikalen Neudefinition des Menschseins, die das Transzendente durch das Materielle und Technologische ersetzt. Diese Sichtweise stellt eine Herausforderung für traditionelle religiöse und philosophische Perspektiven dar, indem sie die Quelle menschlicher Ermächtigung ausschliesslich in der menschlichen Fähigkeit zur technologischen Selbstverbesserung verortet. In christlich-abendländischer Sprache: Der Mensch tritt an die Stelle von Gott.

### **Gefahren des Transhumanismus: das Ende der Menschheit, wie wir sie kennen**

Der Transhumanismus birgt auch erhebliche Gefahren und ethische Herausforderungen, die das Ende der Menschheit in ihrer bisherigen Form einläuten könnten. Die drastischen Eingriffe in den menschlichen Körper und Geist durch Technologien wie Gen-Editierung, künstliche Intelligenz und neuronale Schnittstellen (Chips) können die menschliche Identität, Autonomie und Würde grundlegend verändern. Es besteht die Gefahr, dass technologische Ungleichheiten verstärkt werden, wodurch eine neue Klasse von «verbesserten» Menschen entsteht, während andere ins Abseits gestellt werden. Darüber hinaus können unkontrollierte technologische Entwicklungen zu Verlusten an menschlicher Kontrolle führen, etwa wenn künstliche Intelligenzen Entscheidungen treffen, die die menschliche Ethik und Moral untergraben. Solche Veränderungen können das menschliche Erleben und soziale Gefüge so stark transformieren, dass die Menschheit, wie wir sie heute kennen, nicht mehr wiederzuerkennen



sein wird. Die Balance zwischen technologischer Innovation und der Bewahrung menschlicher Werte und Integrität stellt daher eine der grössten Herausforderungen des Transhumanismus dar.

## Unterstützung durch die UNO und das Weltwirtschaftsforum

Die UNO und das Weltwirtschaftsforum (WEF) haben den Transhumanismus aus mehreren Gründen zum Ziel für die Menschheit erklärt:

- 1. Gesundheitsverbesserung:** Durch technologische Fortschritte könnten Krankheiten geheilt, Lebensspanne verlängert und die Lebensqualität verbessert werden. Dies entspricht den offiziell formulierten Zielen der UNO, Armut und Krankheit zu reduzieren und das allgemeine Wohl zu steigern.
- 2. Nachhaltige Entwicklung:** Technologien, die aus dem transhumanistischen Ansatz hervorgehen, könnten helfen, globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung zu bewältigen.
- 3. Wirtschaftliche Entwicklung:** Innovationen in Bereichen wie künstliche Intelligenz und Biotechnologie könnten neue Industrien schaffen, Arbeitsplätze fördern und das globale Wirtschaftswachstum ankurbeln. Grossunternehmen werden dafür als geeignete Einrichtungen empfohlen. KMU werden nach und nach verschwinden.
- 4. Bildung und Wissen:** Der Transhumanismus fördere den Zugang zu Wissen und Bildung durch digitale Technologien, was zur Schaffung einer informierten und befähigten globalen Gesellschaft (im Sinne der UNO als Wahrheitsministerium) beitrage.

Die UNO und das WEF sehen im Transhumanismus eine Möglichkeit, globale Ziele wie die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals, SDGs) zu erreichen. Durch die Förderung technologischer Fortschritte hoffen sie, eine inklusivere,

gerechtere und nachhaltigere Zukunft für die Menschheit zu schaffen. Was auch immer sie darunter verstehen.

Vieles wird uns lediglich unter diesen wohlklingenden Namen verkauft, während es in Wirklichkeit um eine ganz andere Agenda geht. Ebenso wie bei den 17 Nachhaltigkeitszielen und ihren 169 Unterzielen der Agenda 2030, deren Erreichung durch den Zukunftspakt gesichert und beschleunigt werden soll, muss man auch alle Dokumente, die zu diesem Zukunftspakt und zum Zukunftsgipfel gehören entschlüsseln.

## Our Common Agenda – «Unsere gemeinsame Agenda»?

Was dem Zukunftsgipfel vorausgeht, ist die sogenannte «gemeinsame Agenda der UNO» und ihrer Mitgliedsstaaten, die seit dem Jahr 2021 auf dem Tisch liegt. Man fragt sich, wann sie bei uns in der Schweiz jemals vorgestellt und diskutiert worden ist. Eben nie! Und deshalb ist bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass es sich keineswegs um «unsere» Agenda, die gewünschte Agenda der Schweizer, handeln kann.

«Our Common Agenda» ist eine Initiative von UNO-Generalsekretär António Guterres, die im September 2021 gestartet wurde. Guterres stellte sie in seiner Rede zur Eröffnung der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen vor. Diese Initiative wurde als Antwort auf die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der UNO und zur Stärkung ihrer Fähigkeit gesehen, globale Herausforderungen anzugehen.

António Guterres betonte dabei die Dringlichkeit einer Neuausrichtung der UNO, um die weltweiten Krisen besser bewältigen zu können. «Our Common Agenda» ziele darauf ab, die Arbeit der Vereinten Nationen zukunftsfähig zu gestalten, indem sie auf die aktuellen globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien, Ungleichheit und bewaffnete Konflikte reagiere.



Ein zentraler Aspekt dieser Initiative ist es, ein breites Spektrum von Interessengruppen einzubeziehen, darunter Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, um ihre Ideen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der UNO und zur Stärkung ihrer Rolle als globaler Akteur einzubringen. Dabei ist Guterres' Ziel sicherzustellen, dass die Vereinten Nationen weiterhin relevante Lösungen für die drängendsten globalen Probleme bieten können und gleichzeitig die Prinzipien der multilateralen Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität fördern. Die Initiative soll auch dazu beitragen, die Institutionen der UNO an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und sie widerstandsfähiger gegenüber zukünftigen Herausforderungen zu machen.

Seit der Einführung von «Our Common Agenda» wurden mehrere Schritte unternommen, um die Ziele und Prinzipien dieser Initiative voranzutreiben:

1. **Konsultationen und Dialog:** Es wurden umfassende Konsultationen mit Mitgliedsstaaten, internationalen Organisationen, deren Zivilgesellschaften, dem privaten Sektor und anderen Interessengruppen durchgeführt, um deren Einsichten und Vorschläge zur Stärkung der UNO und zur Bewältigung globaler Herausforderungen zu sammeln.

Frage: Wo hat diese Diskussion in der Schweiz öffentlich stattgefunden?

2. **Berichterstattung und Analyse:** Die UNO hat begonnen, eine umfassende Analyse ihrer Arbeit und ihrer Kapazitäten durchzuführen, um zu identifizieren, wo Anpassungen und Verbesserungen erforderlich sind, um die globalen Herausforderungen besser anzugehen.

3. **Thematische Schwerpunkte:** Es wurden spezifische thematische Schwerpunkte identifiziert, darunter Klimawandel, Pandemien und Gesundheitssicherheit, Ungleichheit, Konfliktprävention und Friedenssicherung sowie die Förderung von Menschenrechten und

nachhaltiger Entwicklung.

4. **Multilaterale Zusammenarbeit:** Hier wird die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit und internationaler Solidarität zur Bewältigung globaler Probleme und Förderung einer gerechten und nachhaltigen globalen Ordnung betont.

5. **Vorbereitung auf den Zukunftsgipfel:** Diskussionen und Dialoge werden im Vorfeld des Zukunftsgipfels der UNO vorbereitet, der als Plattform für die Vorstellung und Diskussion konkreter Vorschläge und Massnahmen im Rahmen von «Our Common Agenda» dienen soll.

Es ist wichtig anzumerken, dass diese gemeinsame Agenda vor dem Hintergrund einer wachsenden Kritik an der UNO ins Leben gerufen wurde. Einige der Hauptkritikpunkte umfassen:

1. **Effektivität und Relevanz:** Kritiker argumentieren schon lange, dass die UNO in vielen Fällen nicht effektiv genug sei, um auf globale Krisen und Herausforderungen angemessen zu reagieren. Dies sei durch überbordende Bürokratie, ineffiziente Entscheidungsfindung und begrenzte Handlungsbefugnisse bedingt.

2. **Veraltete Strukturen:** Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Strukturen der UNO, die oft als veraltet und nicht an die aktuellen geopolitischen Realitäten angepasst angesehen werden. Dies schliesst Fragen der Governance, der Sicherheitsratsreform und der Repräsentation ein.

3. **Legitimitätsprobleme:** Es gibt auch Bedenken hinsichtlich der Legitimität der UNO in Bezug auf die Rechenschaftspflicht, Transparenz und die Wahrnehmung der Wirksamkeit ihrer Massnahmen durch die Weltbevölkerung.

4. **Mangelnde Erfolge:** Nicht zuletzt stellen sich viele die Frage, welche Erfolge die UNO in den letzten 75 Jahren überhaupt aufweisen konnte und in diesen Tagen aufweisen kann.

Die Idee von einer «UNO 2.0» zielt insofern darauf ab, diese Herausforderungen anzugehen und die UNO in eine effektivere und



relevantere Institution für das 21. Jahrhundert zu transformieren. Das Konzept umfasst daher Vorschläge wie:

- **Strukturelle Reformen:** Die Governance-Strukturen der künftigen Weltregierung sollen überarbeitet werden, um Entscheidungsfindungsprozesse zu beschleunigen und mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz zu gewährleisten.
- **Stärkung der Handlungsfähigkeit:** Die Fähigkeit der UNO, schneller und effektiver auf Krisen und Herausforderungen zu reagieren, einschliesslich der Modernisierung ihrer Tätigkeiten und dem besseren Einsatz ihrer Mittel, soll verbessert werden.
- **Innovation und Anpassung:** Innovationen in der Diplomatie und der Nutzung neuer Technologien sollen gefördert werden, um die Arbeit der UNO effizienter zu gestalten und ihre Reichweite zu erweitern.
- **Multilaterale Zusammenarbeit stärken:** Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, regionalen Akteuren, den Zivilgesellschaften und privaten Unternehmen (i.d.R. Grosskonzerne, nicht die KMU) soll betont werden, um gemeinsame Lösungen für globale Probleme zu fördern.

Durch Initiativen wie «Our Common Agenda» strebt die UNO also an, ihre Rolle als zentrale internationale Institution und Nukleus zur Schaffung einer Weltregierung (denn das war hinter den Kulissen von Anfang an das Ziel ihrer Gründung) zu wahren. Denn diese ist ins Wackeln geraten.

## Der UNO-Zukunftsgipfel 2024 mit dem zu verabschiedenden Zukunftspakt

Kommen wir nun zu diesen beiden Themen: Auf dem Summit of the Future der UNO im September 2024 in New York soll eben dieser «Pact for the Future» unterzeichnet und verabschiedet werden. Die Veranstaltung zielt offiziell darauf ab, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und die bestehenden globalen

Herausforderungen effektiver anzugehen.

Zu den wichtigsten Punkten der Agenda gehören:

1. **Bestätigung der UN-Charta:** Die Mitgliedstaaten werden ihre Verpflichtungen zur UNO-Charta und zu den grundlegenden Prinzipien der UNO erneuern.
2. **Reaktivierung des Multilateralismus:** Es wird erwartet, dass neue Mechanismen und Systeme entwickelt werden, um die globale Zusammenarbeit zu verbessern und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aus Sicht der UNO gerecht zu werden.
3. **Verbesserung der Umsetzung bestehender Verpflichtungen:** Insbesondere die Ziele der Agenda 2030, das Pariser Klimaabkommen und die Addis Ababa Action Agenda (Entwicklungsfinanzierung der Agenda 2030) sollen stärker umgesetzt werden.  
Anmerkung: Es handelt sich in Wahrheit rein juristisch um keine Verpflichtungen und in der Schweiz wurde auch nie darüber abgestimmt, ob der Souverän diese Ziele als seine eigenen betrachtet.
4. **Lösungen für neue Herausforderungen:** Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, innovative Ansätze zur Bewältigung neuer und aufkommender globaler Probleme zu entwickeln, wobei die UNO definiert, welche Probleme das sind.
5. **Wiederherstellung des Vertrauens:** Der Gipfel soll Massnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in internationale Institutionen und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördern.

Ein zentrales Element des Gipfels wird die Einführung einer Emergency Platform (Notfallplattform) sein, die bei zukünftigen globalen Krisen aktiviert werden kann, ähnlich wie in der sogenannten COVID-19-Pandemie oder der Wirtschaftskrise. Darüber hinaus werden Themen wie die Bedürfnisse



zukünftiger Generationen, die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen, digitale Zusammenarbeit und die Reform der globalen Finanzarchitektur diskutiert. Ziel ist es, eine umfassende und nachhaltige Basis für eine zukünftige globale Governance (Weltregierung) zu schaffen. So der O-Ton.

## Die Policy Briefs (Kurz-Dossiers)

Im Vorfeld zum Gipfeltreffen wurden elf sogenannte Policy Briefs (Kurz-Dossiers) erstellt, welche die Diskussionen und Verhandlungen während des Gipfels unterstützen sollen. Es wird erwartet, dass die Empfehlungen dieser Briefs in den endgültigen Pakt integriert werden. Die Policy Briefs decken eine Vielzahl von Themen ab, darunter:

1. Bedürfnisse zukünftiger Generationen
2. Verbesserte internationale Reaktionen auf globale Krisen
3. Jugendbeteiligung in Entscheidungsprozessen
4. Neue Wirtschaftsindikatoren jenseits des Bruttoinlandprodukts (BIP)
5. Globale digitale Kooperation
6. Reform der globalen Finanzarchitektur
7. Nachhaltige Nutzung des Weltraums
8. Neue Friedensagenda
9. Integrität von Informationen
10. Transformation des Bildungssystems
11. Modernisierung der UNO (UN 2.0)

Alle Dokumente zielen nach offizieller Darstellung darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Systeme so zu reformieren, dass sie gerechter und effektiver für alle Menschen funktionieren. Nicht aufgeworfen wird die Frage, wer eigentlich gefordert hat, dass dies notwendig sei. Und das waren und sind nicht gewählte Bürokraten (unelected nobodies), die zumindest in der Schweiz mitnichten den Volkswillen

repräsentieren.

## Die Agenda

Die Agenda des «Summit of the Future» der UNO, der am 22. und 23. September 2024 in New York stattfindet, umfasst mehrere Schwerpunkte und wichtige Veranstaltungen:

1. **Verabschiedung des «Pact for the Future»:** Er wurde (und wird noch) durch zwischenstaatliche Verhandlungen im Vorfeld des Gipfels vorbereitet und basiert auf den Prioritäten, die während einer vorbereitenden Ministerkonferenz im September 2023 festgelegt wurden.

2. **Erneuerung der UNO-Charta und der Agenda 2030:** Die Teilnehmer sollen ihre Verpflichtungen zur UN-Charta und zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) bestätigen und bekräftigen, um die bisherigen Fortschritte zu bewerten und zukünftige Massnahmen zu planen.

3. **Präsentation der Policy Briefs:** Die elf Dokumente bieten (wie oben dargelegt) Empfehlungen und Lösungsansätze zu verschiedenen globalen Herausforderungen wie Digitalisierung, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Bildung, Klimawandel und internationale Sicherheit. Die Vorschläge aus den Policy Briefs sollen in die Verhandlungen und den «Pact for the Future» integriert werden.

4. **Diskussion über zukünftige Generationen und Jugendbeteiligung:** Ein zentraler Aspekt des Gipfels ist die Einbeziehung der Perspektiven und Bedürfnisse zukünftiger Generationen sowie die Förderung der aktiven Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen.

5. **Globale digitale Kooperation und Friedensagenda:** Es werden Massnahmen zur Förderung der globalen digitalen Zusammenarbeit und zur Schaffung einer neuen Friedensagenda diskutiert, um die Herausforderungen im digitalen Zeitalter und die Konfliktbewältigung zu adressieren.



Es ist anzunehmen, dass die Schweizer Delegation, die am UNO-Zukunftsgipfel teilnehmen wird, von Bundespräsidentin Viola Amherd und Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), geleitet werden wird.

## Bedrohungen für uns Bürger

Es lohnt sich, in den Entwurf des Zukunftspakts hineinzuschauen, der 52 Aktionen enthält, zu denen sich die Unterzeichner verpflichten sollen, um die Nachhaltigkeitsziele voranzubringen und zu erreichen. Es handelt sich wie immer um «Schön-Sprech», weshalb man auch einen Blick in die elf Policy Briefs werfen sollte, um zu verstehen, was wirklich gemeint ist.

Die aus Sicht von ABF Schweiz zehn grössten Bedrohungen für uns Menschen, die sich aus den Policy Briefs und den 52 Aktionen des Zukunftspakts ergeben, wenn man sie entschlüsselt hat, umfassen einschneidende Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen:

1. **Einschränkung der Meinungsfreiheit und Zensur:** Durch Massnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und zur Sicherstellung der Informationsintegrität werden strenge Regulierungen und eine Zensur eingeführt (Kampf gegen Fehl- und Desinformation). Dies wird die Meinungsfreiheit massiv einschränken und zu einer noch grösseren Kontrolle der (vor allem freien) Medien führen.

2. **Regulierung und Überwachung von künstlicher Intelligenz (KI):** Die Einführung von Richtlinien zur Regulierung und Überwachung von KI-Systemen wird zu verstärkter Überwachung und Datenkontrolle führen. Es besteht die grosse Gefahr, dass diese Technologien zudem missbraucht werden, um das Verhalten der Menschen zu überwachen und vor allem noch stärker zu beeinflussen.

3. **Etablierung einer globalen Regierungsstruktur:** Der Zukunftspakt dient insbesondere der Schaffung stärkerer globaler

Governance-Strukturen, was zu einer zentralisierten Weltregierung führen soll (One World Government). Dies wird (und soll auch) die nationale Souveränität abschaffen und die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Länder minimieren.

4. **Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern und Umweltabgaben:** Um den Klimawandel zu bekämpfen, sollen umfassende CO<sub>2</sub>-Steuern und Umweltabgaben eingeführt werden. Dies wird zu einer weiteren finanziellen Belastung für Bürger und Unternehmen führen und die Lebenskosten erhöhen. Es wäre zudem die erste weltweite Steuer, die eingeführt würde – die aber zwingend für eine Weltregierung ist, denn ohne autonome finanzielle Mittel kann diese nicht erfolgreich und in ihrem Sinne agieren.

5. **Einschränkungen und Regulierungen im digitalen Raum:** Massnahmen zur Sicherstellung der «digitalen Gleichheit und Sicherheit» werden zu strengen Regulierungen und Einschränkungen im digitalen Raum führen. Dies wird die Freiheit im Internet massiv einschränken und den Zugang zu bestimmten digitalen Diensten regulieren. Es ist die Steilvorlage für die Einführung einer digitalen ID, die auch eine notwendige Voraussetzung zur Einführung einer digitalen Zentralbankwährung ist (CBDC, Central Bank Digital Currency).

6. **Ausweitung der Notstandsbefugnisse:** Die Ausrufung globaler Notstände wird zu einer Ausweitung der Machtbefugnisse der UNO führen. Auch das hebt die Souveränität der Mitgliedsstaaten weiter aus und führt zu einer verstärkten Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen.

7. **Einschränkung individueller Freiheiten:** In einem globalen Notstand werden Massnahmen ergriffen, die individuelle Freiheiten stark einschränken oder sogar aufheben, zum Beispiel durch Ausgangssperren, Reisebeschränkungen oder andere drastische Einschnitte in das tägliche Leben der Menschen (wie schon in der sogenannten Corona-Pandemie erprobt).



8. Zunahme der Überwachung: Notstandsmassnahmen und die Vorbereitung auf solche führen automatisch zu einer verstärkten Überwachung von uns Bürgern, sowohl physisch als auch digital. Dies gefährdet die Privatsphäre erheblich und erhöht die Möglichkeit von Missbrauch durch Regierungs- und Überwachungsbehörden.

9. Risiko von Missbrauch und Korruption: Die geplante zentralisierte «Emergency Platform» ist von vornherein anfällig für Missbrauch und Korruption, da eine grosse Machtkonzentration und fehlende Transparenz potenzielle Risiken darstellen.

10. Wirtschaftliche Auswirkungen: Notstandsmassnahmen haben massive wirtschaftliche Auswirkungen, darunter eine verstärkte Regulierung der Wirtschaftstätigkeit, Zwangsschliessungen von Unternehmen und eine erhöhte finanzielle Belastung durch Sondersteuern oder -abgaben zur Finanzierung von eben solchen Notfallmassnahmen.

Diese Konsequenzen zeigen, dass die Umsetzung der im Zukunftspakt vorgeschlagenen Massnahmen kaum erkennbare positive, aber zahlreiche negative Auswirkungen auf das tägliche Leben und die Freiheit der Menschen haben wird. Man könnte überspitzt sagen, das Ziel ist, Notstand für immer walten zu lassen, damit ein Durchregieren unter Notrecht zum Normalfall wird. Das kommt uns aus den Vorhaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sehr bekannt vor und verwundert auch nicht, da die WHO eine Tochterorganisation der UNO ist. Man könnte insofern sagen, dass der Zukunftspakt der UNO mit allen seinen dazu gehörigen Dokumenten und Vorschlägen der vorbereitete «Plan B» ist, wenn die Vorhaben der WHO scheitern bzw. sie die Rückversicherung darstellen sollen, dass die menschenverachtenden Ziele der Agenda 2030 von den Mitgliedsstaaten der UNO (gegen das Volk) durchgesetzt werden.

## Ein wichtiges Aufklärungs-Dokument von ABF Schweiz

Diese vielen Dokumente und Massnahmen mögen für Verwirrung sorgen. Daher gibt ABF Schweiz hier eine Hilfestellung: Wir haben ein Papier verfasst, das die zehn wichtigsten Gründe zusammenträgt, warum der Zukunftspakt der UNO von der Schweizer Regierung abgelehnt werden muss. Sie finden das Dokument «10 Gründe gegen den Zukunftspakt in der Schweiz» auf unserer Webseite unter folgendem Link: <https://abfschweiz.ch/news/>

## Eine letzte Anmerkung

Auf der Website der UNO zum Zukunftsgipfel heisst es (eigene Übersetzung, eigene Hervorhebung):

## Beteiligen Sie sich – Gipfel der Zukunft

*«Im Einklang mit der Vision eines stärker vernetzten und inklusiven Multilateralismus, die in unserer gemeinsamen Agenda verankert ist, hat der Generalsekretär betont, wie wichtig es ist, **verschiedene Interessengruppen aus dem gesamten Spektrum der Gesellschaft einzubeziehen**. Ihre Stimmen sind für die Vorbereitung und den Erfolg des Gipfels der Zukunft von entscheidender Bedeutung. Indem wir ihren Reichtum an Fachwissen nutzen und ihre Plattformen einsetzen, können wir fundiertere politische Entscheidungen unterstützen, die Wirkung des Gipfels verstärken und die Herausforderungen von heute und morgen besser bewältigen.»*

Wir können uns nicht erinnern, dass in der Schweiz in den letzten drei Jahren, also seitdem über diese «gemeinsame Agenda» innerhalb von (geheim) tagenden Gremien der UNO diskutiert wird, eine öffentliche Debatte mit der Bevölkerung stattgefunden hätte. Dieser notwendige Dialog fand bisher nicht statt. Damit können die Schweizer Vertreter unsere Sichtweisen gar nicht eingebracht haben. Sie handeln ohne Befugnis.





# ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

## Wir fassen zusammen

In den letzten Jahren und Monaten haben wir von Plänen der WHO, eine weltweite Vormachtstellung zu erlangen und damit eine Einschränkung der Souveränitätsrechte der Schweizer Bürger, erfahren. Diesen Plänen der WHO hat die Eidgenossenschaft zum Teil zugestimmt, zum Teil noch nicht widersprochen. Jetzt erkennen wir, dass die Pläne der UNO alles bisher Bekannte in den Schatten stellen. Dagegen müssen wir aufbegehren. Die Zeit eilt. Nutzen wir sie. Gehen wir auf alle unsere Politiker auf allen Ebenen zu.

Eine Regierung, die einen solchen Zukunftspakt unterzeichnet und damit gutheisst, handelt nicht im Sinne ihrer Bürger, sondern im Auftrag fremder Mächte.

Baar, 13. Juli 2024, das Redaktionsteam ABF Schweiz

## Quellen

<https://www.un.org/en/common-agenda>  
<https://www.un.org/en/summit-of-the-future>  
<https://unric.org/en/the-summit-of-the-future-in-2024/>  
<https://www.un.org/en/summit-of-the-future/pact-for-the-future-revisions>  
<https://www.un.org/en/summit-of-the-future/stakeholders>  
<https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>  
<https://unfoundation.org/blog/post/how-the-uns-summit-of-the-future-could-be-a-turning-point-for-global-diplomacy/>  
<https://www.weforum.org/agenda/2023/11/un-summit-future-sdgs/>  
<https://sdg.iisd.org/events/summit-of-the-future/>

## Unterstützen Sie uns

Spenden Sie jetzt. Wir danken Ihnen dafür. Ergreifen Sie die Chance, sich heute für die Freiheit der Schweiz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Sie können direkt auf unser Konto einzahlen:

**IBAN CH46 0078 7786 1522 4140 0**  
**Konto-Nr. 78.615.224.140.0**

Lautend auf IG KMUnits, Lättichstrasse 8a  
6340 Baar

Betreff/Referenz ABF Schweiz